

VOLLVERSAMMLUNG 21. JULI 2025

Handwerkspolitischer Bericht



Handwerkskammer
Region Stuttgart

DAS HAN👉**WERK**



**KOMM DOCH,
ZUKUNFT!**

**WIR KÖNNEN ALLES,
WAS KOMMT.**

Erfahre mehr:
handwerk.de



Inhalt

- 3 Vorwort
- 4 Bewertung der Koalitionsvereinbarung aus Handwerkssicht
- 8 Azubi-Wohnen für die Region Stuttgart
- 9 Arbeiten im Handwerk lohnt sich – auch finanziell
- 13 Fachkräftesuche nach wie vor schwierig
- 15 Entlastung bei Berichtspflichten in Sicht
- 18 Trumps-Zoll-Chaos: Auch das Handwerk ist betroffen
- 21 Handwerk vereint über Grenzen hinweg

Ansprechpartnerinnen



Gesine Kapelle
Politische Referentin
Telefon 0711 1657-262
gesine.kapelle@hwk-stuttgart.de



Christina Dierschke
Pressesprecherin
Telefon 0711 1657-253
christina.dierschke@hwk-stuttgart.de



Aline Theurer
Referentin Kammerleitung und Politik
Telefon 0711 1657-207
aline.theurer@hwk-stuttgart.de

Vorwort

Das Handwerk ist das Rückgrat unserer Wirtschaft – vielfältig, zukunftsorientiert und regional verwurzelt. Umso wichtiger, dass die Belange des Handwerks gehört und ernst genommen werden. Die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag gute Signale gesetzt: Bürokratieabbau, Investitions-Booster, Investitionsprogramm für die Infrastruktur und eine gezielte Fachkräftestrategie. Auch die Landesregierung hat mit ihrer Mittelstandskampagne eine gute Initiative gestartet, um mehr Anerkennung für mittelständisches Unternehmertum zu schaffen.

Doch die versprochene Absenkung der Stromsteuer, gerade für das energieintensive Handwerk wichtig, wurde abgesagt bzw. aufgeschoben. Und das Land schafft mehr oder weniger über Nacht die Digitalisierungsprämie praktisch ab, die ein einfaches und oft genutztes Instrument des Handwerks war. Das ist das Gegenteil dessen, was wir für den Aufbruch brauchen: Verlässlichkeit von der Politik.

Denn die Herausforderungen sind groß: Die Fachkräftegewinnung ist nach wie vor schwierig, wie eine Umfrage unter baden-württembergischen Handwerksbetrieben zeigt. Umso wichtiger ist es, junge Menschen für eine Ausbildung im Handwerk zu begeistern: Mit innovativen Ideen der Berufsorientierung wie unserem Escape-Game. Mit Beratung und Zertifizierung ausgezeichneter Ausbildungsbetriebe durch primAQ. Oder mit der Initiierung von Projekten zum Azubi-Wohnen.

Gleichzeitig können wir mit Stolz sagen: Eine Ausbildung im Handwerk lohnt sich. Die Vergütung ist in vielen handwerklichen Berufen konkurrenzfähig mit Industrie oder öffentlicher Verwaltung. Wer ein Handwerk erlernt, hat sehr gute Entwicklungsmöglichkeiten, ist auf dem Arbeitsmarkt gefragt und hat eine sinnstiftende Tätigkeit.

Gerade in Krisenzeiten zeigt sich: Der Dialog ist entscheidend. Wir müssen im Gespräch bleiben, zuhören und gehört werden. Lassen Sie auch uns im Austausch bleiben, um gemeinsam neue Lösungen zu entwickeln und die Zukunft des Handwerks aktiv zu gestalten.



R. Reichhold

Rainer Reichhold
Präsident
Handwerkskammer Region Stuttgart



P. Friedrich

Peter Friedrich
Hauptgeschäftsführer
Handwerkskammer Region Stuttgart

Bewertung der Koalitionsvereinbarung aus Handwerksicht

Die Bewertung des Koalitionsvertrags erfolgte entlang der strategischen Leitthemen, die wir vom Handwerk mit unserem Wahlcheck „25 für 25“ an die Politik zur Bundestagswahl gerichtet haben. Es finden sich zahlreiche positive Ansätze, aber es bestehen auch Lücken und fehlende Konkretisierungen in zentralen handwerksrelevanten Bereichen.

Investitionsoffensive in Infrastruktur

Mit der Öffnung der Schuldenbremse für zusätzliche Investitionen in Infrastruktur und mit dem sogenannten Investitionsbooster setzt die neue Bundesregierung die vom Handwerk geforderten starken Impulse, um Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Mit Krediten über 500 Milliarden Euro sollen unter anderem zusätzliche Investitionen in den Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie in Verkehrs-, Krankenhaus- und Energieinfrastruktur getätigt werden. Dabei sind 100 Milliarden Euro fest für den Klimaschutz vorgesehen, weitere 100 Milliarden für Infrastrukturinvestitionen der Länder. Die Laufzeit ist auf zwölf Jahre angelegt.

Energie und Klimaschutz

Die Stromsteuer bleibt für viele Handwerksbetriebe unverändert hoch – entgegen dem Koalitionsversprechen. Das gefährdet energieintensive Betriebe. Positiv: Wegfall der Gasspeicherumlage. Dennoch bleibt das angekündigte energiepolitische Gesamtkonzept vage, und viele Maßnahmen sind noch nicht konkretisiert. Die Wärmewende soll vereinfacht werden, aber es fehlt an klaren Umsetzungsplänen. Ein neues Gebäudeenergiegesetz soll kommen, was zu weiterer

Verunsicherung und Abwarten bei den Gebäudebesitzern führen wird.

Bürokratieabbau und Digitalisierung

In diesem Bereich gibt es zahlreiche positive Ansätze: Die Bürokratiekosten sollen um 25 Prozent gesenkt, Dokumentationspflichten reduziert und Praxis-Checks verpflichtend eingeführt werden. Die Abschaffung der Bonpflicht und die Einführung eines digitalen One-Stop-Shops für Unternehmensgründungen sind ebenfalls begrüßenswert. Kritisch sehen wir im Handwerk die fehlende Überarbeitung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung, die für Betriebe mit Mehraufwand verbunden ist.

„Das Bereitstellen von finanziellen Mitteln allein sichert nicht die Wettbewerbsfähigkeit. Die Herausforderung liegt darin, durch grundlegende Reformen und gezielte Investitionen langfristig tragfähige Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu schaffen.“

Bildung und Ausbildung

Die Koalition stärkt die Berufsorientierung durch Programme wie das Freiwillige Handwerksjahr und das Berufsorientierungsprogramm. Auch das Aufstiegs-BAföG soll

ausgebaut werden. Allerdings fehlt eine verbindliche Berufsorientierung an allen Schulen, insbesondere an Gymnasien. Zudem gibt es keine konkreten Zusagen zur Erhöhung der Mittel für die Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU).

Fachkräfte und Migration

Die Koalition bekennt sich zur qualifizierten Einwanderung und will bürokratische Hürden abbauen. Sprachförderung und Anerkennung ausländischer Abschlüsse sollen verbessert werden. Kritisch sehen wir die Begrenzung der Westbalkan-Regelung und die fehlende Strategie zur langfristigen Bindung ausgebildeter Fachkräfte in Deutschland.

Städtebau und Handwerk in Innenstädten

Die Novellierung des Baugesetzbuches und des Immissionsschutzrechts wird grundsätzlich begrüßt. Dennoch bleibt unklar, wie konkret die Verdrängung des Handwerks aus Innenstädten verhindert werden soll. Es fehlt eine klare Strategie zur Sicherung von Gewerbeflächen.

Steuern und Abgaben

Die Koalition hat bereits den sogenannten Investitionsbooster beschlossen, der durch eine degressive Abschreibung für Unternehmen Investitionen anregen soll. Davon wird das Handwerk direkt und indirekt profitieren.

Die Körperschaftssteuer soll ab 2028 schrittweise gesenkt werden.

Positiv bewertet wird die steuerfreie Hinzuerdienstgrenze für Rentner. Gleichzeitig bleiben wichtige Reformen, wie der vollständige Abbau der kalten Progression, die Abschaffung des Solidaritätszuschlags und eine langfristige Senkung der Sozialversicherungsbeiträge aus. Dies bleibt für das Handwerk aufgrund der hohen Arbeitskosten wichtig.

Wir fordern:

- Senkung der Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen
- Abschaffung des Solidaritätszuschlags
- Senkung der Stromsteuer für alle Betriebe auf das europäische Mindestmaß
- handwerksfreundliche Vergaberegeln insbesondere für Infrastrukturinvestitionen
- Erarbeitung eines energiepolitischen Gesamtkonzepts
- Reduzierung der Dokumentationspflichten für Mittelstand und Handwerk
- Senkung der Lohnnebenkosten durch eine Reform der Sozialversicherungen
- Stärkung der Berufsorientierung durch Integration des Freiwilligen Handwerksjahrs in den Freiwilligendienst

Bundestagsabgeordnete der Region Stuttgart

Name	Partei	Wahlkreis	Funktionen, Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Marc Biadacz	CDU/CSU	Böblingen	Ausschuss für Arbeit und Soziales
Steffen Bilger	CDU/CSU	Ludwigsburg	Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ältestenrat, Wahlausschuss
Hermann Färber	CDU/CSU	Göppingen	Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat

Name	Partei	Wahlkreis	Funktionen, Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Fabian Gramling	CDU/CSU	Neckar-Zaber	Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung, Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Dr. Inge Gräßle	CDU/CSU	Backnang – Schwäbisch Gmünd	Haushaltsausschuss
Prof. Dr. Matthias Hiller	CDU/CSU	Nürtingen	Finanzausschuss, Ausschuss für Gesundheit
Dr. David Sebastian Preisendanz	CDU/CSU	Esslingen	Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Christina Stumpp	CDU/CSU	Waiblingen	Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat, Innenausschuss
Jasmina Hostert	SPD	Böblingen	Ausschuss für Sport und Ehrenamt, Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Macit Karaahmetoğlu	SPD	Ludwigsburg	Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Dr. Nils Schmid	SPD	Nürtingen	Parlamentarischer Staatssekretär der Verteidigung
Dr. Sandra Detzer	Bündnis 90/ Die Grünen	Ludwigsburg	Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Simone Fischer	Bündnis 90/ Die Grünen	Stuttgart I	Ausschuss für Gesundheit
Matthias Gastel	Bündnis 90/ Die Grünen	Nürtingen	Verkehrsausschuss, Ausschuss für Tourismus
Ricarda Lang	Bündnis 90/ Die Grünen	Backnang – Schwäbisch Gmünd	Ausschuss für Arbeit und Soziales
Dr. Sebastian Schäfer	Bündnis 90/ Die Grünen	Esslingen	Haushaltsausschuss
Luigi Pantisano	Die Linke	Stuttgart I	Verkehrsausschuss
Markus Frohnaier	AfD	Böblingen	Auswärtiger Ausschuss
Hans-Jürgen Goßner	AfD	Göppingen	Ausschuss für Arbeit und Soziales
Lars Haise	AfD	Waiblingen	Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung, Verkehrsausschuss
Martin Hess	AfD	Ludwigsburg	Innenausschuss
Ruben Rupp	AfD	Backnang – Schwäbisch Gmünd	Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung

Azubi-Wohnen für die Region Stuttgart

Als Handwerkskammer sehen wir es als unsere Verantwortung, nicht nur die Qualität der Ausbildung zu sichern, sondern auch die Lebensrealität junger Menschen im Blick zu behalten. Wer eine Ausbildung beginnt, braucht ein Dach über dem Kopf – bezahlbar, erreichbar, lebenswert. Deshalb setzen wir uns für neue und bessere Wohnmöglichkeiten für Auszubildende ein.

Jedes Jahr bleibt in der Region Stuttgart schätzungsweise jede vierte Ausbildungsstelle unbesetzt. Die Gründe dafür sind vielseitig, doch eins ist klar: Die Ausbildung ist ein wichtiger Faktor in der Fachkräftesicherung von morgen. Daher ist es wichtig, mehr junge Menschen für eine Ausbildung im Handwerk zu begeistern. Eine Möglichkeit, die Ausbildungsattraktivität zu erhöhen, ist die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für junge Menschen in der Region Stuttgart.

Um den Status Quo sowie den möglichen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für Azubis in der Region zu ermitteln, wurde zu Beginn des Jahres 2025 eine Umfrage unter 121 Handwerksbetrieben und 131 Auszubildenden der Region Stuttgart durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, wo Verbesserungsbedarf und Potenziale bestehen.

Bezahlbarer Wohnraum als Wettbewerbsvorteil

Die Umfrage zeigt, dass bei einem Fünftel der 121 Betriebe aufgrund von fehlendem bezahlbarem Wohnraum schon einmal ein Ausbildungsvertrag gescheitert ist. In der Region Stuttgart konkurriert das Handwerk mit einer starken Industrie, der Dienstleistungsbranche und der öffentlichen Hand um die Fachkräfte.

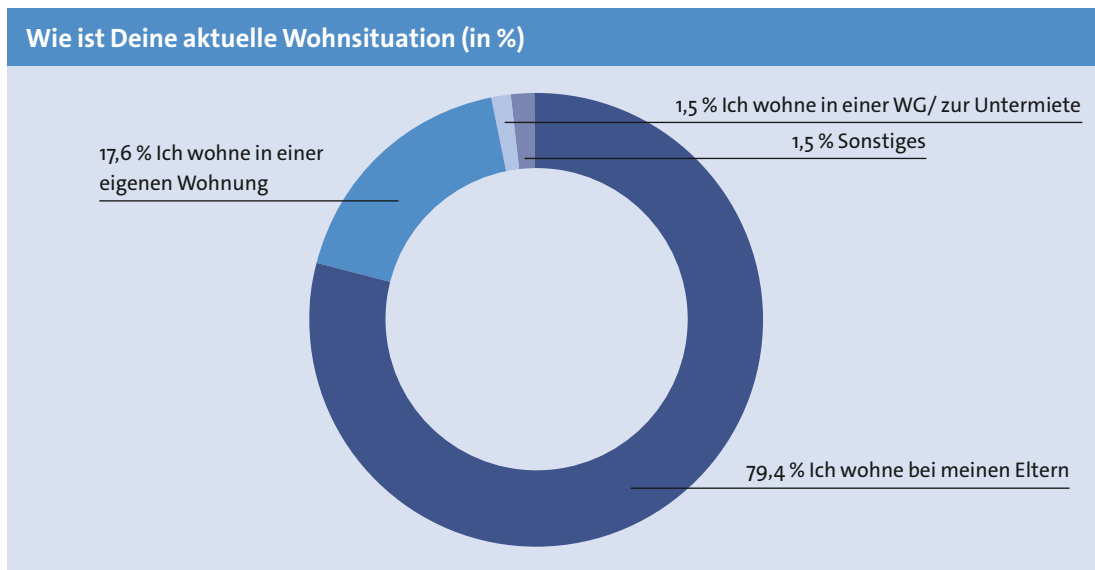
Verfügbare Wohnraum würde bei der Anwerbung von Azubis einen großen oder sehr großen Wettbewerbsvorteil darstellen, geben 59 Prozent der Betriebe in der Umfrage an.

„Die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum könnte die Ausbildungsattraktivität stärken und Betrieben einen Wettbewerbsvorteil bieten.“

Teure Mieten als Überbelastung

Mit knappem Wohnungsangebot und Mietpreisen, die den Geldbeutel von Auszubildenden weit übersteigen, ist die Region Stuttgart für Ausbildungsbewerber ein echter Härte-test.

Die Umfrage zeigt: Einige Azubis zahlen für die Miete einer eigenen Wohneinheit bis zu 80 Prozent der Ausbildungsvergütung. Betrachtet man neben den Mietkosten zusätzliche Kosten für Mobilität oder Internet ist eigenständiges Wohnen im Mietmarkt der Region Stuttgart für Auszubildende häufig nicht bezahlbar. Das macht finanzielle Hilfe aus dem familiären Umfeld nötig oder bringt Azubis dazu, während ihrer Ausbildung im Elternhaus wohnen zu bleiben: 80 Prozent der antwortenden Auszubildenden geben an, noch bei den Eltern zu wohnen.

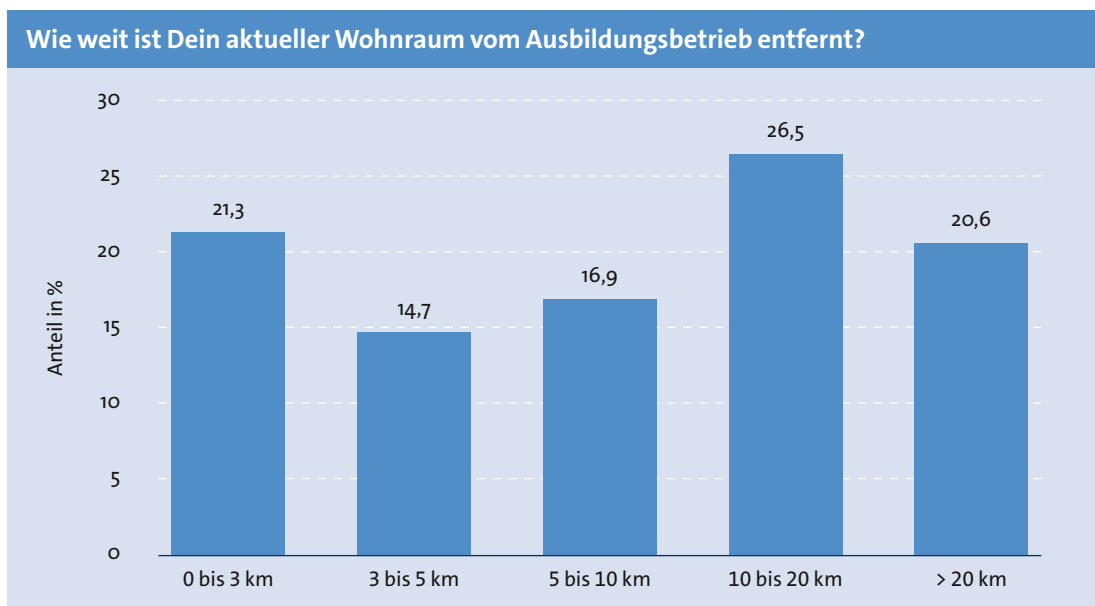


Quelle: Handwerkskammer Region Stuttgart

Wohnraum bestimmt das Einzugsgebiet

Da viele Azubis finanziell bedingt während ihrer Ausbildung bei ihren Eltern wohnen bleiben, ist das Einzugsgebiet für Betriebe in der Regel auf die nahe Umgebung begrenzt. Aus unserer Umfrage wissen wir, dass die Mehrheit der Auszubildenden von der Haustür zum Ausbildungsbetrieb eine Strecke von unter 10 Kilometern zurücklegt. Rund ein Viertel der Auszubildenden fährt bis zu 20 Kilometer, ein Fünftel noch mehr.

Verfügbarer Wohnraum am Ausbildungsort eröffnet Auszubildenden die Möglichkeit, auch unabhängig von ihrem Elternhaus einen Ausbildungsplatz zu suchen. So könnten auch junge Menschen aus anderen Regionen und deutschlandweit in der Region Stuttgart Fuß fassen. Auch ausländische Auszubildende, um die sich das Handwerk bemüht, könnten durch verfügbaren und bezahlbaren Wohnraum leichter im Handwerk der Region starten. Für Betriebe könnte sich durch bereitgestellten Wohnraum der Kreis potenzieller Azubis erweitern.



Quelle: Handwerkskammer Region Stuttgart

Eigene Wohnung für mehr Selbstständigkeit

Die Umfrage unter den Auszubildenden hat ergeben, dass 25 Prozent unzufrieden oder sehr unzufrieden mit ihrer aktuellen Wohnsituation sind – unabhängig davon, ob sie alleine oder bei ihren Eltern wohnen. Als Gründe wurde der Wunsch nach Selbstständigkeit, die hohen Mietkosten sowie die schlechte Lage genannt.

Für viele junge Menschen gehört zum Erwachsenwerden früher oder später auch der Auszug aus dem Elternhaus. Wohnheime bieten neben einer Möglichkeit, kostengünstig zu wohnen, einen Ort der Vernetzung, der für Auszubildende sowohl fachlich als auch menschlich neue Entwicklungen und Perspektiven ermöglicht.

Im Projekt Azubi-Wohnen steckt eine große Herausforderung und noch größere Chance

Um die nächste Handwerksgeneration und Betriebe zu unterstützen, setzen wir uns deshalb für eine bessere Wohn-Infrastruktur in der Region Stuttgart ein.

Das Förderprogramm „Junges Wohnen“ wurde 2023 auf Bundesebene verabschiedet und stellt den Ländern jährlich 500 Millionen Euro bereit. Der neue Koalitionsvertrag sieht vor, die Mittel zu verdoppeln und langfristig zu verstetigen.

Die baden-württembergische Förderrichtlinie wurde erst im November 2024 aufgesetzt und enthält einige zu strikte Regelungen. Zum Beispiel werden kürzere Belegungsdauern nicht gefördert, was jedoch für Azubis während der Blockunterrichtswochen in Berufsschulen oder der Überbetrieblichen Ausbildung relevant wird. Deshalb fordert das Handwerk, die Ausbildungsrealität mitzudenken und auch kürzere Belegungsdauern im Förderprogramm zu berücksichtigen.

Die Handwerkskammer bringt interessierte Bauräger, Stadtverwaltung, Ausbildungsbetriebe und Investoren zusammen, um Ideen zu sammeln, wie nachhaltige Wohnkonzepte für Auszubildende in der Region Stuttgart geschaffen werden können. Von einer Genossenschaft über ein Beteiligungsmodell oder Belegungsrechte-Sharing nach Laufzeiten werden alle Möglichkeiten und Modelle in Betracht gezogen.

Dass es gelingen kann, zeigt ein erstes Azubi-Wohnheim in Heidelberg. Dort hat die Stadt die Trägerschaft übernommen.

In dem dicht besiedelten Gebiet der Region Stuttgart geht es außerdem darum, geeignete Flächen oder Immobilien ausfindig zu machen, um ein Azubi-Wohnheim umzusetzen. Dafür bedarf es auch der Unterstützung durch kommunale Stellen, die die Stadtentwicklungsplanung verantworten. Deshalb möchte die Handwerkskammer die verschiedenen Akteure an einen Tisch holen, um die Umsetzung eines Azubi-Wohnprojekts in der Region Stuttgart zu konkretisieren. Weil das Handwerk Azubis braucht – und Azubis ein Zuhause.

Wir fordern:

- Verstetigung und Anpassung des Förderprogramms „Junges Wohnen“, orientiert an der Ausbildungsrealität
- Keine Benachteiligung bei der Förderung von Wohnraum für Auszubildende im Vergleich zu Studierenden
- Stärkere Vernetzung der regionalen Unternehmen mit relevanten kommunalen Stellen
- Flexiblere Umnutzungsmöglichkeiten von Bestandsobjekten für Azubi-Wohnheime



Hinweis

An der Umfrage haben sich 121 Handwerksbetriebe und 136 Auszubildende beteiligt. Neben der aktuellen Wohnsituation wurden die wahrgenommenen Vor- und Nachteile daran erfragt. Zu beachten ist, dass alle teilnehmenden Auszubildenden zum Zeitpunkt der Teilnahme in einem Ausbildungsverhältnis standen und daher eine Wohnlösung für ihre Ausbildungszeit gefunden haben.



Arbeiten im Handwerk lohnt sich – auch finanziell

Das Handwerk punktet nicht nur mit Sinnstiftung und Zukunftssicherheit – sondern auch mit attraktiven Verdienstmöglichkeiten. Von Anfang an bezahlt das Handwerk gegenüber anderen Branchen konkurrenzfähige Vergütungen. In der Ausbildungsvergütung liegt das Handwerk im bundesweiten Vergleich sogar vorn. Das belegt eine neue Studie des Ludwig-Fröhler-Instituts (LFI) im Auftrag der acht baden-württembergischen Handwerkskammern. An dem Vorurteil, das Handwerk bezahle schlecht, ist also nichts dran.

Meister auf Augenhöhe mit Akademikern

Wer nach der Gesellenausbildung noch die Meisterschule absolviert, kann monatlich bis zu 1.500 Euro mehr verdienen. Eine Meisterausbildung lohnt sich also nicht nur fachlich, sondern auch finanziell. Vergleicht man die höchsten Meistergehälter mit den Einkommen technischer Fachkräfte oder Bachelorabsolventen in Industrie- oder Dienstleistungsbranchen außerhalb des Handwerks, zeigt sich: Das Handwerk muss den Vergleich nicht scheuen.

Auszubildende	Die höchsten durchschnittlichen Vergütungen im ersten Lehrjahr im Handwerk erhalten Elektrotechniker und Kraftfahrzeugtechniker, Maurer und Betonbauer, Zimmerer sowie Metallbauer. Sie verdienen rund 1.000 Euro brutto pro Monat – nur Pflege und öffentlicher Dienst zahlen mehr. Im 3. Lehrjahr erreichen einige dieser Berufe sogar über 1.500 Euro monatlich.
Gesellinnen und Gesellen	Fertig ausgebildete Gesellinnen und Gesellen verdienen im Schnitt deutlich über 3.100 Euro brutto – mit Spitzenwerten bis zu 3.700 Euro in den Bereichen Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik sowie Feinwerkmechanik.
Meisterinnen und Meister	Die Durchschnittsvergütung angestellter Meisterinnen und Meister liegt bei ca. 4.500 Euro brutto, mit Spitzenwerten von bis zu 8.000 Euro.
Kaufmännische Angestellte	Kaufmännische Angestellte verdienen im Handwerk durchschnittlich 3.100 bis 3.600 Euro.

Fachkräfte sind gesucht und Qualifikation zahlt sich aus

Gerade in Zeiten des wachsenden Fachkräftemangels werden gut ausgebildete Handwerkerinnen und Handwerker händeringend gesucht – und entsprechend bezahlt. Aktuell warten Handwerksbetriebe im Schnitt acht Monate auf passende Auszubildende. Gesellen- und Meisterstellen sind im Schnitt sogar zehn Monate unbesetzt (siehe S. 13 unser Beitrag zur Fachkräftesituation). Um Fachkräfte anzulocken, setzen die Betriebe daher öfter auf eine hohe Vergütung. Entscheidend für die Unternehmen bei den Gehältern sind vor allem die Qualifikation, Erfahrung und der Einsatz der Mitarbeitenden. Die Betriebe zahlen überdurchschnittlich, wenn Fachwissen, Führungsverantwortung oder besondere Leistungsbereitschaft im Vergleich zu den Kolleginnen und Kollegen vorliegen.

„Wer sich für eine Karriere im Handwerk entscheidet, trifft finanziell eine starke Wahl.“

Potenziale nutzen und besser kommunizieren

Die Studie zeigt auch: Es gibt noch Verbesserungspotenziale. Den Betrieben ist laut der Umfrage zwar klar, dass die Vergütung – neben Betriebsklima und persönlichem Kontakt – ein entscheidender Faktor für die Mitarbeiterbindung im Handwerk ist. Trotzdem kommunizieren sie die sehr guten Entwicklungsmöglichkeiten beim Gehalt häufig nicht nach außen.

Die meisten Handwerksbetriebe bieten laut der Umfrage außerdem zusätzliche monetäre Anreize, wie kostenlose Arbeitskleidung oder Weihnachtsgeld. Darüber hinaus gibt es weitere monetäre Anreize – von Zusatzversicherungen über ein 13. Monatsgehalt bis hin zur Beteiligung bei Kinderbetreuungskosten.

Die wichtigsten Kriterien für eine Arbeitsstelle sind für Beschäftigte aber vor allem nicht-monetär: Ausreichend Freizeit, flexible Arbeitszeiten und komprimierte Wochenarbeitszeitmodelle können dann die entscheidenden Pluspunkte im Kampf um Fachkräfte sein.

Hintergrundinformationen zur Studie:

Über 2.280 Handwerksbetriebe in Baden-Württemberg, die eine repräsentative Stichprobe des baden-württembergischen Handwerks abbilden, haben an der Online-Befragung Anfang 2025 im Rahmen dieser Studie teilgenommen. Insgesamt konnten so mehr als 8.280 Vergütungsdatensätze erhoben werden, die eine solide Datenbasis für die Analyse der Vergütungsstrukturen im Handwerk liefern.

Wir fordern:

- Wahrnehmung des Handwerks als attraktiver Arbeitgeber auch unter finanziellen Gesichtspunkten
- Darstellung handwerklicher Karrieren als gleichwertig zu einer akademischen Laufbahn in der Berufsorientierung



Fachkräftesuche nach wie vor schwierig

In der Wirtschaft herrscht Stagnation, besonders in der Industrie und im Baugewerbe laufen die Geschäfte nicht gut. Doch von Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ist im Handwerk keine Spur: Fachkräfte suchen nicht nach Betrieben, sondern die Betriebe nach Fachkräften.

„Handwerksbetriebe wollen einstellen, doch fehlende Bewerbungen und altersbedingt ausscheidende Mitarbeiter bereiten große Sorgen.“

Laut einer Umfrage unter baden-württembergischen Handwerksbetrieben Anfang des Jahres möchte jeder dritte Betrieb aktuell oder in den kommenden zwölf Monaten Fachkräfte einstellen. Größere Betriebe sind dabei deutlich einstellungswilliger als kleinere. Von den Betrieben, die nicht einstellen wollen, gibt ein gutes Viertel an, die weitere Situation zunächst abwarten zu wollen. Diese abwartende Haltung zeigt sich vor allem in den Bereichen, die derzeit am stärksten unter Druck stehen: dem Bauhaupt- und Ausbaugewerbe sowie den Handwerken für den Gewerblichen Bedarf.

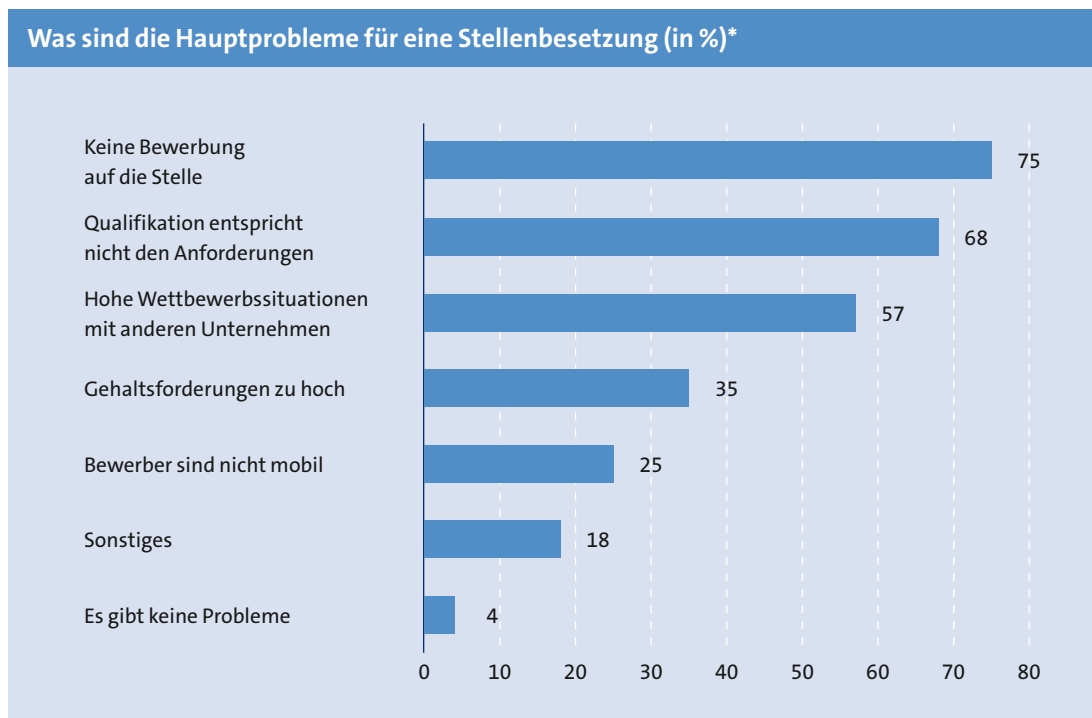
Potenziale erkennen und heben

Um dem hohen Fachkräftebedarf zu begegnen, ist es wichtig, alle inländischen Potenziale anzusprechen, zu nutzen und so vielen Jugendlichen wie möglich eine Ausbildung zu ermöglichen. Dazu zählt auch, im Handwerk unterrepräsentierte Gruppen für das Handwerk zu begeistern. Die Handwerkskammer setzt sich daher aktiv und sichtbar für Vielfalt,

Diskriminierungsfreiheit und Diversität im Handwerk ein und unterstützt u.a. die erstmalige Teilnahme des Vereins „Buntes Handwerk“ beim Christopher Street Day am 26. Juli 2025 in Stuttgart.

Hauptprobleme bei der Stellenbesetzung

Die Schwierigkeiten bei der Suche nach Fachkräften verschieben sich: Im Vergleich zur letzten Umfrage 2023 erhöhte sich der Anteil derjenigen, die länger suchen müssen, von 26 auf 39 Prozent. Gleichzeitig sank der Anteil der Betriebe, für die Fachkräfte gar nicht zu finden sind, von 72 auf 57 Prozent. Am problematischsten ist die Fachkräftesituation im Bauhauptgewerbe. Als Hauptproblem für eine Stellenbesetzung sieht drei Viertel der Betriebe, dass es keine Bewerbung auf die Stelle gab. Daneben passen die Qualifikationen der Bewerberinnen und Bewerber häufig nicht zu den Anforderungen (zwei Drittel). Lediglich vier Prozent der Betriebe können offene Stellen ohne Probleme besetzen.



Quelle: Handwerk BW

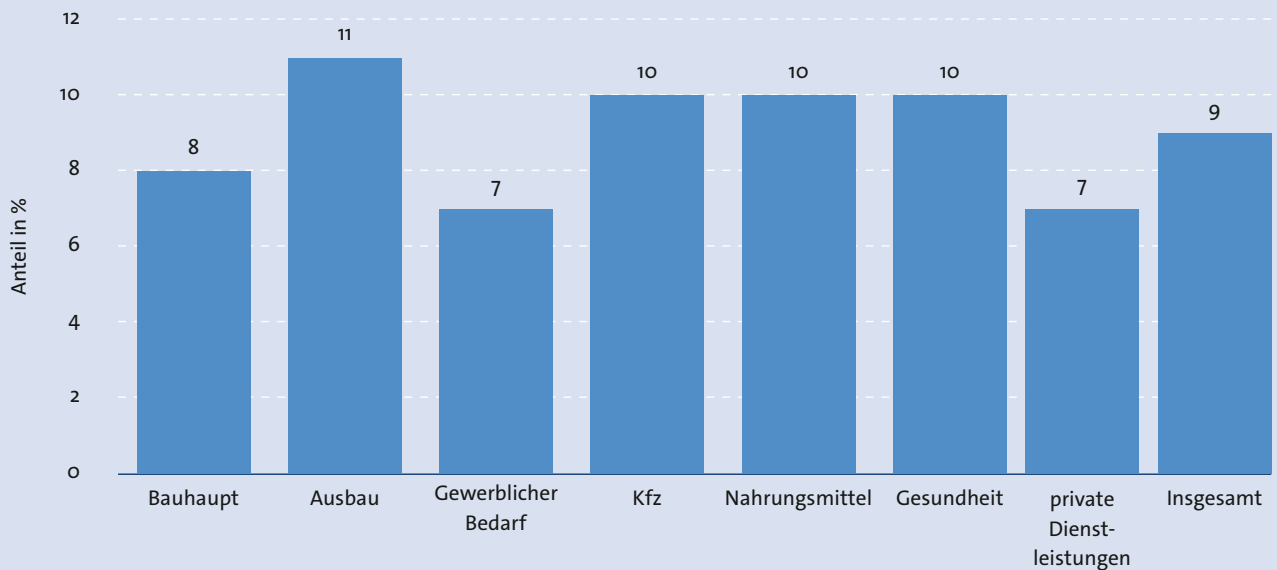
* Mehrfachnennungen möglich; nur Betriebe, die laut Umfrage einstellen wollen

Demografie trifft Handwerk schwer

Alarmierend ist der Blick in die Zukunft: Rund jeder zehnte Beschäftigte geht in den

nächsten fünf Jahren in Rente. In der Region Stuttgart sind das etwa 19.000 Personen. Die entstehende Lücke kann durch die neue Generation von Auszubildenden nicht gedeckt werden.

Welcher Anteil der Beschäftigten geht in den nächsten 5 Jahren in den Ruhestand (in %)*



Quelle: Handwerk BW

* nur Betriebe, die laut Umfrage einstellen wollen

Wir fordern:

- Verbesserung der Schulbildung und der Berufsorientierung sowie Stärkung der Dualen Ausbildung
- Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik auch auf die Bedürfnisse kleiner Betriebe
- Unterstützung transformationsbedingter Beschäftigungsübergänge von industriellen Fachkräften
- Aktivierung vorhandener Erwerbstätigenpotenziale, zum Beispiel bei Frauen und Geflüchteten



Entlastung bei Berichtspflichten in Sicht

Geopolitische Entwicklungen führen zu neuen EU-Prioritäten wie Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit. Ihren Plan einer Bürokratieentlastung von 25 bis zu 35 Prozent geht die EU Kommission mit dem sogenannten „Omnibus I“-Paket an, das Berichtspflichten unter anderem durch Änderungen bei der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen (CS3D), der Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) und der Taxonomie-Verordnung vereinfachen möchte.

Ausdrückliches Ziel: Weniger Bürokratie vor allem für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), indem Berichtspflichten gestrafft und vereinfacht sowie indirekte Auswirkungen („Trickle-down“-Effekte) durch klare Vorgaben und maximale KMU-Standards bei der Berichterstattung verhindert werden.

„Brüssel muss den Fokus auf die schnelle Umsetzung von Vereinfachungen setzen.“

Wesentliche Änderungen aus Handwerkssicht	Bewertung
<p>Der Anwendungsbereich der CSRD wird an den der CS3D angenähert. Unternehmen werden erst ab 1.000 Mitarbeitenden und einem Umsatz von mehr als 50 Millionen Euro oder einer Bilanz von mehr als 25 Millionen Euro berichtspflichtig. Die CSRD-Berichterstattung wird um zwei Jahre und die CS3D-Sorgfaltspflichten um ein Jahr verschoben. Zudem wird der freiwillige VSME als maximaler Berichtsstandard verankert.</p>	<p>Positiv ist, dass insgesamt weniger Unternehmen nach CSRD berichten müssen. Der freiwillige KMU-Berichtsstandard VSME als Obergrenze für die Berichterstattung schützt KMU vor übermäßigen und unkoordinierten Datenabfragen durch CSRD-berichtspflichtige Betriebe und Banken. Dadurch wird der Berichtsaufwand für nicht-berichtspflichtige Betriebe begrenzt und der Zugang zu Finanzierungen dauerhaft gesichert.</p>
<p>Bezüglich der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette werden die Pflichten auf die Ebene des direkten Geschäftspartners (Tier 1) beschränkt und eine über die nationalen Vorschriften hinausgehende zivilrechtliche Haftung gestrichen. Die Mitgliedstaaten sollen zudem sicherstellen, dass Unternehmen von ihren Geschäftspartnern mit weniger als 500 Mitarbeitenden keine Informationen abfragen, die über den freiwilligen VSME-Standard hinausgehen.</p>	<p>Die Beschränkung der Sorgfaltspflichten auf die erste Zuliefererstufe kann dazu führen, dass indirekte Auswirkungen auf KMU in der weiteren Wertschöpfungskette minimiert werden. Hierbei muss aber auch sichergestellt werden, dass nicht nur die Datenmenge begrenzt, sondern auch Formatfreiheit gesichert wird. Berichtspflichtige Betriebe dürfen von ihren Zulieferern nicht die Verwendung bestimmter Formate oder (kostenpflichtiger) Anbieter/Tools verlangen. Über den Vorschlag hinaus hätte für europäische Lieferketten die Vermutung gelten müssen, dass Umwelt- und Menschenrechtsstandards eingehalten werden.</p>
<p>Taxonomie-berichtspflichtig werden zukünftig nur CS3D-berichtspflichtige Unternehmen. Zudem können nicht-CSRD-berichtspflichtige Betriebe aus dem Nenner der Green Asset Ratio (GAR, Nachhaltigkeits-Kennziffer für Banken) ausgenommen werden.</p>	<p>Durch die Herausnahme nicht-berichtspflichtiger KMU aus der Green Asset Ratio wirken sich diese nicht mehr negativ auf die GAR aus und werden somit für die Banken auch nicht unattraktiv für Kredite.</p>

Vertrauen in die Wirtschaft beweisen

Basis der europäischen Gesetzgebung muss ein vertrauensbasierter Politikansatz sein, um die bürokratischen Pflichten auf ein akzeptables Maß zu verringern. Berichtspflichten müssen auf das absolut notwendige Mindestmaß reduziert werden. Für KMU sollte grundsätzlich keine Vorabprüfung/-zertifizierung erforderlich sein. Zudem sollten Selbsteinschätzungen ermöglicht werden. Schließlich müssen von vornherein längere Übergangsfristen für KMU gelten.

Nächste Schritte

Der Rechtsakt ist am 17. April in Kraft getreten. Die Mitgliedstaaten müssen diese Richtlinie bis zum 31. Dezember 2025 in ihr nationales

Recht umsetzen. Parallel laufen die Arbeiten zu inhaltlichen Änderungen unter anderem bei CSRD, CS3D und Taxonomie weiter, die ebenfalls als Teil des „Omnibus I“-Pakets vorgeschlagen wurden. Mit einem Abschluss des Verfahrens kann frühestens Ende des Jahres gerechnet werden.

Wir fordern:

- schneller Abschluss des gesetzgeberischen Prozesses, damit Betriebe schnellstmöglich entlastet werden
- Rechtssicherheit bereits vor der Anwendung der neuen Vorschriften, um aus der Unsicherheit heraus gestellte überzogene Anforderungen an KMU-Geschäftspartner zu verhindern



Trumps-Zoll-Chaos: Auch das Handwerk ist betroffen

Die gegenwärtig unsichere Lage bezüglich der Handelspolitik der USA betrifft auch Handwerksbetriebe. Zum Beispiel Zulieferbetriebe, Hersteller von Werkzeug und Werkzeugmaschinen und Medizintechnikfirmen, für die die USA oft ein wichtiger Markt ist. Angesichts der beinahe täglich wechselnden Situation sind für in die USA liefernde Betriebe die Zollkosten nicht mehr verlässlich kalkulierbar. Kunden drohen abzuspringen oder sind mit Neubestellungen bis zur Klärung der Situation zurückhaltend.

Selbst bei einer kurzfristigen Entspannung der Situation, wie durch den letzten Aufschub der angedrohten Strafzölle auf den 9. Juli, ist nicht gesichert, dass dieser Aufschub kurzfristig nicht wieder rückgängig gemacht wird.

„Bei hohen Strafzöllen sind die meisten Handwerksunternehmen in den USA nicht mehr wettbewerbsfähig.“

Längerfristige Unsicherheit wahrscheinlich

Selbst wenn eine grundsätzliche Einigung erzielt werden sollte, ist mit einer längerfristigen Phase der Unsicherheit zu rechnen, da Handelsabkommen meist in einer längeren Verhandlungsphase ausverhandelt, ratifiziert und umgesetzt werden müssen. Während dieser Phase scheint ein Wiederaufleben der Handelsstreitigkeiten leider aktuell Teil der amerikanischen Verhandlungstaktik zu sein, wie unter anderem das Beispiel China zeigt. Auch wenn juristisch unklar ist, ob die amerikanische Regierung über entsprechende Maßnahmen allein oder nur mit Zustimmung des Kongresses entscheiden kann, kann man auch hier von keiner schnellen Klärung ausgehen, da mit einem Rechtsstreit über alle Instanzen bis zum amerikanischen Bundesverfassungsgericht zu rechnen ist.

Unternehmerische Handlungsstrategien

Im schlimmsten Fall droht Handwerksbetrieben nicht nur der Verlust des direkten Handels mit amerikanischen Kunden, durch Fertigungsverlagerungen europäischer Kunden in die USA könnten weitere Kunden verloren gehen. Betroffene Unternehmen sollten sich daher damit beschäftigen, inwieweit sie direkt (durch eigene Exporte) oder

indirekt (durch Exporte ihrer Kunden) vom USA Geschäft abhängig sind und ob diese Abhängigkeit zum Beispiel durch den Einstieg in andere Märkte reduziert werden kann. Bei USA-Geschäften sollte geprüft werden, wer die Zölle übernehmen soll (in der Regel der amerikanische Kunde), ab welcher Höhe der Strafzölle die eigenen Produkte in den USA nicht mehr wettbewerbsfähig sind und ob Zollerhöhungen mittelfristig Fertigungsverlagerungen wichtiger Kunden auslösen könnten.

Wir fordern:

- Die EU muss geschlossen und selbstbewusst auftreten und auf Verlässlichkeit der USA drängen. Der Marktzugang muss auch für KMUs gesichert werden.
- Die Verhandlung und Verabschiedung von Freihandelsabkommen durch die EU mit anderen Partnern insbesondere in Asien, Südamerika und Afrika müssen forciert werden.



Bei einem geselligen Netzwerkabend haben sich ehemalige Teilnehmende des Erasmus+-Projekts in Stuttgart getroffen.

Handwerk vereint über Grenzen hinweg

Internationale Austauschprojekte schaffen Raum für neue Perspektiven, fördern handwerkliche Innovationen und stärken das gegenseitige Verständnis. Wenn Gesellen, Meister, Auszubildende oder Ehrenamtliche in anderen Ländern unterwegs sind, entstehen Verbindungen, die weit über Werkbank und Baugerüst hinausgehen.

Sechzigjähriges Handwerkskammern-Partnerschaftsjubiläum

In diesem Jahr feiert die Handwerkskammer Region Stuttgart das Jubiläum ihrer sechzigjährigen Partnerschaft mit der Chambre de Métiers d'Alsace.

Den ersten Höhepunkt des Jubiläumsjahres

erlebte die Delegation der Stuttgarter Vollversammlung, die im Januar in der Partner-Handwerkskammer Straßburg begrüßt wurde. Ende Mai waren alle Mitarbeitenden der Handwerkskammer Stuttgart in die französische Handwerkskammer eingeladen und konnten dabei interessante Parallelen der beiden Kammergebiete ausmachen. Das Highlight des Jubiläums steht jedoch noch bevor: Erstmals bringt ein deutsch-französischer Gesellen- und Auszubildendenaustausch im Spätsommer Handwerkerinnen und Handwerker aus den Regionen Stuttgart und Straßburg zusammen. Neben fachlichem Austausch und einem spannenden Programm bieten die Aufenthalte im Nachbarland die Möglichkeit der interkulturellen Vernetzung.



Information
[www.hwk-stuttgart.de/
bildungsaustausch](http://www.hwk-stuttgart.de/bildungsaustausch)

Volterra verzaubert seit 25 Jahren

Die italienische Kleinstadt Volterra ist seit mittlerweile 25 Jahren immer wieder Schauplatz Stuttgarter Handwerkskunst. Junge Gesellinnen und Gesellen aus verschiedenen Bereichen des Handwerks leben und arbeiten für drei Monate in der Toskana.

Nach einem Sprachkurs zu Beginn, der den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die nötigen Italienisch-Grundlagen vermittelt, arbeiten sie in regionalen Betrieben, auf Baustellen oder bei Renovierungsprojekten mit. Andere Arbeitsweisen und der Austausch mit den italienischen Kolleginnen und Kollegen eröffnen dabei neue Perspektiven auf das eigene Handwerk. Ortsübliche Materialien, Produkte und andere Techniken machen die Arbeit zusätzlich spannend.

Doch der Aufenthalt bedeutet weit mehr als das reine Ausüben des Handwerks in einer anderen Region: es heißt in einer Gruppe zusammenzuwachsen, Verantwortung zu übernehmen und alle Facetten der Toskana zu erfassen. Und das gemeinsame Wohnen bereichert den Aufenthalt und Austausch.

Die handwerklichen und sprachlichen Herausforderungen, die ungewohnte Umgebung und kulturelle Unterschiede lassen die jungen Handwerkerinnen und Handwerker auch persönlich wachsen. Die Erfolgserlebnisse und Inspirationen machen den Aufenthalt in der Toskana immer wieder zu einem prägenden Abschnitt auf dem Weg zur fachlichen und persönlichen Reife.

Seit 1999 haben über 440 Gesellinnen und Gesellen an dem Auslandsprojekt teilgenommen.



Hinweis

Jedes Jahr können Gesellinnen und Gesellen praktische Erfahrungen in Volterra sammeln. Das Erfolgsprojekt der Handwerkskammer Region Stuttgart begeistert immer wieder.

www.hwk-stuttgart.de/volterra



Information

www.handwerk-international.de/gfe

Go.for.europe: Auslandspraktika für Azubis

Vier Wochen Irland, Italien, Spanien oder zu den Nachbarn nach Österreich – das sind Beispiele für europäische Auslandspraktika. Go.for.europe als branchenübergreifende Anlaufstelle berät und unterstützt Auszubildende und Unternehmen in Fragen rund um das Thema.

Ein Auslandspraktikum während der Ausbildung ermöglicht die Chance, interkulturelle Kompetenzen zu erweitern, Sprachkenntnisse zu verbessern und internationale Berufserfahrung zu sammeln.

Internationale Projekte machen die duale Ausbildung für Auszubildende attraktiver und ermöglichen Betrieben ein innovatives Ausbildungsmarketing.

Für Betriebe kann es zudem eine ausgezeichnete Chance sein, um sich im Auslandsgeschäft strategisch aufzustellen. Das Auslandspraktikum von Azubis kann helfen, ein Netzwerk mit ausländischen Partnern aufzubauen. Wenn es bereits Geschäftspartner im europäischen Ausland gibt, kann das Praktikum zur Festigung der Zusammenarbeit dienen und den angehenden Fachkräften interkulturelle Kompetenz vermitteln.

Impressum

Handwerkskammer Region Stuttgart
Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart
Telefon 0711 1657-0
Telefax 0711 1657-222
info@hwk-stuttgart.de
www.hwk-stuttgart.de

Redaktionsschluss
03. Juli 2025

Fotos

Handwerkskammer Region Stuttgart
Pexels – cottonbro studio
Pixabay – Geisteskerker
iStock – industryview
Daniel Torok - White House Facebook